

BERNER

# FREISINN

## Gemeinsam weiterkommen.

Renteninitiative  
unterschreiben!

### Für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge

Die ersten beiden nationalen Sammeltage des Jungfreisinns und der FDP.Die Liberalen für die Renteninitiative sind vorbei. Jetzt gilt es, am Ball zu bleiben. Alle Sektionen und Ortsparteien sind zur aktiven Teilnahme aufgefordert.

Seite 12

### Glanzvolle Wahl von Romi Stebler

Seit Anfang November ist Romi Stebler Regierungstatthalterin des Verwaltungskreises Biel-Bienne. Als freisinnige Aussenseiterin setzte sie sich in der Wahl gegen den SP-Kandidaten durch.

Seite 13

### Karin Keller-Sutter im Interview

Die Justizministerin sagt, weshalb der Bundesrat die UVI ablehnt und was für den Gegenvorschlag spricht. Für sie ist klar: «Der Gegenvorschlag basiert auf dem bewährten Schweizer Haftungsrecht: Jedes Unternehmen haftet für die eigenen Schäden vor Ort. Dazu kommen noch mehr Transparenz und neue Sorgfaltsprüfungspflichten sowie eine Strafbestimmung.»

Seiten 16 und 17

### Digitale DV in Luzern



Petra Gössi freut sich über das Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz.

Seiten 18 und 19



## Persönlichkeit gewinnt!

### Editorial von Stephan Lack

### Liebe Freisinnige

Wahlen sind die wichtigste Form der politischen Beteiligung in einer Demokratie, und ohne Wahlen ist Demokratie nicht denkbar. Wahlen sind aber auch das wirksamste Instrument demokratischer Kontrolle: Wenn die Wähler mit der Politik der Regierenden unzufrieden sind, können sie diese abwählen und einen Machtwechsel herbeiführen.

Auch bei kommunalen Wahlen sind die grossen nationalen Trendthemen nicht gänzlich unbedeutend, aber in einem deutlich geringeren Mass, als dies auf eidgenössischer oder kantonaler Ebene der

Fall ist. Gemeinderatswahlen sind vielfach Persönlichkeitswahlen, und das ist für unsere Partei auch gut so. Ausschlaggebend für den Wahlerfolg sind vor allem Qualität und Diversität der Kandidatenliste. Ein Zufall, dass die FDP die politische Partei ist, die in der Schweiz am meisten Gemeinderatsitze belegt? Wohl kaum.

Auch im Kanton Bern ist das Jahr 2020 geprägt von einer Vielzahl an Gemeindewahlen. Wir dürfen positiv vermerken, dass wir – allen Unkenrufen zum Trotz – in der Gesamtbilanz im Kanton Bern

Fortsetzung auf Seite 3

# Inhalt

- 3–7 Berner Freisinn
- 8/9 Umfrage mit vielen Feedbacks
- 10 Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz auf einen Blick
- 11 Fünf Stimmen für eine liberale Umweltpolitik
- 12 Sammeltag für die Renteninitiative
- 13 Romi Stebler ist neu Regierungstatthalterin in Biel
- 14 RADIGAL: Rosen für Bernerinnen und Berner
- 15 KMU engagieren sich gegen die UVI
- 16/17 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 18/19 Digitale DV in Luzern
- 20 Vorschau auf die Wintersession
- 21 Petra Gössi zum Rahmenabkommen
- 22 Vaterschaftsurlaub als erster Schritt
- 23 Vermischtes



## Liebe Freisinnige

Der soziale und politische Austausch ist seit einigen Monaten erschwert. Deshalb war es mir wichtig, Ihre Meinung über eine Umfrage zu erfahren. Rund 16 000 Mitglieder haben an dieser Befragung zur Enkel-Strategie teilgenommen. Sie, liebe Freisinnige, haben damit eindrücklich Ihre Bereitschaft bewiesen, Ihren Beitrag dazu zu leisten, dass auch unsere Kinder und unsere Enkelkinder noch in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können. Herzlichen Dank!

Ihre Rückmeldungen fliessen nun in unsere umfassende Enkel-Strategie ein, die in den nächsten Monaten erarbeitet wird.

## Sichere Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen

Ein zentraler Pfeiler unserer Enkel-Strategie ist die Verantwortung, den kommenden Generationen eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Mit dieser Überzeugung haben unsere Delegierten bereits letztes Jahr sehr deutlich eine griffige und freisinnige Umweltpolitik gutgeheissen. Seither hat die FDP-Liberale Fraktion diese Beschlüsse im Parlament Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt – so auch bei der Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Dank der FDP konnte im Parlament eine mehrheitsfähige Gesetzesvorlage ausgearbeitet werden. Die angekündigte Referendumsabstimmung gefährdet aber unser langfristiges Ziel aus dem Positionspapier von 2019: Netto-null-Emissionen bis 2050. Darum gilt es bereits jetzt, die richtige Entscheidung zugunsten unserer Enkel zu fällen.

## Nein zu Hochrisikoexperimenten!

Auch bei anderen Brennpunkten braucht es die richtigen Weichenstellungen zugunsten der künftigen Generationen. Am 29. November 2020 stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) und die GSoA-Initiative ab.

Die UVI verfolgt hehre Ziele, doch letztlich richtet sie mit ihren radikalen Forderungen mehr Schaden für den Wirtschaftsstandort Schweiz und alle unsere Schweizer Unternehmen an, als dass sie tatsächlich Verbesserungen bei der Einhaltung von Menschenrechten und dem Schutz der Umwelt bringt. Mit einem Nein helfen Sie zielführender, denn der Gegenvorschlag, der bei einem Nein automatisch in Kraft tritt, nimmt die Unternehmen mit geeigneteren Gesetzen in die Verantwortung, ist aber gleichzeitig international abgestimmt und für die Wirtschaft tragbar.

Auch die GSoA-Initiative verfehlt ihr Kernanliegen. Anstatt eine friedlichere Welt zu schaffen, gefährdet sie das Vorsorgevermögen aller Schweizer/-innen durch starre, nicht umsetzbare Regeln für die AHV und die Pensionskassen. Wenn auch unsere Kinder und unsere Enkelkinder noch von den gleichen Vorsorgeleistungen profitieren sollen wie die heutigen Generationen, ist diese hochgefährliche Initiative klar abzulehnen. Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihre Petra Gössi  
Parteipräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

bisher einige Gemeinderatssitze dazugewinnen konnten. Etwas weniger erfolgreich waren wir in den Parlamenten, wo ein paar Sitze verloren gingen – dort weht der Wind in der Tat noch etwas grüner, wenn auch längst nicht mehr in Orkanstärke.

In der rot-grünen Hochburg Biel hat Romi Stebler (FDP) das Unmögliche möglich gemacht und das Regierungsstatthalteramt gegen einen SP-Kandidaten erobert. Silvia Steidle (FDP) hat ihren Sitz im Gemeinderat erfolgreich verteidigt, und die Wahlanteile im Parlament konnten gehalten werden. Leider ging trotzdem ein Sitz verloren, weil sich der PRR und die FDP nicht auf eine gemeinsame Liste einigen konnten. In Interlaken hat sich Philippe Ritschard (FDP) im zweiten Wahlgang souverän gegen die GLP-Kandidatin durchgesetzt und übernimmt den Sitz von der SP. Auch in Oberhofen, Täuffelen, Niederbipp, Wimmis und Krauchthal konnten zusätzliche Gemeinderatssitze erobert werden. Sowohl in Bolligen wie in Ittigen konnte die FDP ihren Wähleranteil steigern und bleibt klar stärkste Kraft. Gratulation an Kathrin Zuber und Marco Rupp, die das Gemeindepräsidium sehr souverän verteidigten. Bravo!

Ärgerlich hingegen ist der Sitzverlust im Gemeinderat von Muri b. Bern, wo der dritte Sitz hauchdünn verloren ging. Auch in Belp wäre mit einer Listenverbindung mit der BDP wohl erstmals seit längerer Zeit wieder ein Sitz im Gemeinderat im Bereich des Möglichen gewesen. Das nächste Mal wird es klappen!

Das Super-Wahljahr 2020 ist aber noch lange nicht zu Ende. In vielen Regionen geht es jetzt erst richtig los, und in zahlreichen Gemeinden finden in den nächsten Wochen Gemeindewahlen statt. Es sind die alles entscheidenden Wochen, und drei Dinge sind jetzt massgebend: erstens mobilisieren, zweitens mobilisieren und drittens mobilisieren! Wer sich jetzt um seine Verwandten, Freunde, Bekannten und Vereinskollegen persönlich bemüht und sie mit Argumenten und vor allem seiner Persönlichkeit überzeugt, wird die Wahlen gewinnen, denn unser Erfolgsrezept heisst: **Persönlichkeit gewinnt!**

**Stephan Lack**  
Kantonalparteipräsident, Muri b. Bern

Romi Stebler

## FDP gewinnt Regierungsstatthaltersitz

Die neue Regierungsstatthalterin des Verwaltungskreises Biel/Bienne heisst Romi Stebler (FDP). Die Stimmberechtigten des Verwaltungskreises haben sie am 27. September mit 14439 Stimmen gewählt. Die 36-jährige Freisinnige folgt somit auf den Sozialdemokraten Philippe



Chételat, der aus gesundheitlichen Gründen demissioniert hatte. Die FDP, Die Liberalen Kreis Biel-Seeland und Kanton Bern zeigten sich hochofreut über die Wahl von Romi Stebler und dass das Regierungsstatthalteramt in Nidau wieder in bürgerliche Hände kommt.

Interlaken

## FDP erobert Gemeindepräsidium

Bei der Stichwahl vom 1. November setzte sich der Freisinnige Philippe Ritschard gegen eine GLP-Kandidatin durch. Der Inhaber eines Weinfachgeschäfts wurde mit 863 Stimmen zum Nachfolger von Urs Graf (SP) gewählt. Ritschard gehört der Interlakner Gemeindeexekutive



seit 2007 an und führte zuletzt das Ressort Finanzen. Die Kantonalpartei gratuliert herzlich und ist sehr erfreut, dass das Gemeindepräsidium auf dem «Bödeli» unter FDP-Dach gebracht werden konnte.



**FDP**  
Die Liberalen

« Die gut gemeinte UVI verfehlt ihr Ziel komplett und schadet mehr als sie nützt. Der Gegenvorschlag ist die besser durchdachte Alternative.»

### Parolen der Berner FDP für die eidg. Volksabstimmungen vom 29. November 2020

NEIN zur Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»

NEIN zur Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»



## Linke Ideologien im Deckmantel von Corona

Wintersession 2020

Die Wintersession des Grossen Rates steht an. Traditionsgemäss befassen sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit dem Budget für 2021. Der Kanton Bern ist betreffend Steuerbelastung schweizweit an der Spitze. Dies ist aber für die Linken kein Hindernis, dem Steuerzahler noch mehr aus den Taschen ziehen zu wollen.

Der Kanton Bern hat in den letzten Jahren, seit die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat und Parlament die Verantwortung trägt, erfolgreiche Jahresabschlüsse erzielt. Dies auch dank der Tatsache, dass die Nationalbank grosse Gewinnausschüttungen an die Kantone tätigen konnten. Geholfen hat natürlich, dass für das Fremdkapital des Kantons kaum Zinsen angefallen sind. Aber den grössten Teil trugen die Steuerzahlenden bei, welche dem Kanton jedes Jahr mehr in die Kasse bezahlten.

Nun sind wahrscheinlich die guten Zeiten vorbei. Jetzt sollte der Staat durch die guten letzten 10 Jahre eigentlich stark genug sein, Krisen bewältigen zu können. Leider wurden aber die guten Ergebnisse für neue Staatsdienstleistungen ausgegeben. Es ist zu befürchten, dass der Staat jetzt an seine finanziellen Grenzen kommen wird. Schaut

man aber die Vorstösse an, welche das Berner Parlament in der Wintersession zu behandeln hat, dann soll der Staatsausbau weiter voranschreiten. Bei der Ratsdebatte wird sich zeigen, ob alle Parteien, die liberal und bürgerlich in ihrem Namen tragen, sich gegen einen weiteren Staatsausbau zur Wehr setzen werden. Es wird immer suggeriert, dass das Berner Kantonsparlament bürgerlich sei. Ja, nach Parteinamen sogar wirklich stark bürgerlich. Schaut man aber das Abstimmungsverhalten genauer an, dann ist diese bürgerliche Mehrheit nicht mehr so klar.

### «Steter Tropfen höhlt den Stein»

Wir befinden in der Wintersession wiederum um linke Vorstösse, welche Steuererhöhungen beabsichtigen oder klare Volksentscheide (z.B. Pau-

schalbesteuerung) wieder rückgängig machen wollen. Diese Taktik des immer wieder Versuchens kann wegen der «Windfahnen»-Stimmen der sogenannten Etiketten-Liberalen und -Bürgerlichen plötzlich zum Erfolg führen.

### Corona, Finanzen und was noch?

Die Traktandenliste wird mit ca. 100 Traktanden wieder übertoll sein. Corona und Finanzen werden die Hauptthemen sein. Dennoch gibt es andere sehr wichtige Themen: Fischsterben Blausee, Spitalversorgungsgesetz, Gesundheitsstrategie, Volksschulgesetz und Baugesetz. Etliche Kreditgeschäfte für Neu- und Umbauten stehen ebenfalls an.

Als Themenausbrecher könnten diese zwei Traktanden den goldenen Preis gewinnen: Motion für «Mehr Transparenz bei Radarkontrollen», welche das Ziel verfolgt, Radarkontrollen im Internet zu publizieren, und die Motion «Kastrationspflicht für Freigängerkatzen» werden sich sicherlich bis am Schluss ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen liefern.

Übrigens: In Zeiten von Homeoffice und «Zu Hause bleiben» empfehle ich, die Live-Audioübertragung der Grossratsdebatte auszuprobieren: [www.be.ch/gr](http://www.be.ch/gr)

**Carlos Reinhard**  
Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen, Thun

Workshops der FDP Frauen Kanton Bern

## Für mehr politische Partizipation von Müttern junger Kinder

Die Statistiken sind uns allen bekannt: 52 Prozent der Schweizer Bevölkerung ist weiblich, im Bundesrat sitzen immerhin 43 Prozent Frauen, im Nationalrat 42 Prozent. Im Ständerat hingegen sind es nur 26 Prozent und in den Geschäftsleitungen der 100 grössten Schweizer Unternehmen nur noch 9 Prozent. Wir wissen auch, wie schwierig es vielerorts ist, bei Gemeindevahlen Kandidatinnen zu gewinnen.



Im Anschluss an die Workshops trafen sich einige Teilnehmerinnen noch zum Lunch (von links): Vivianne Esseiva, Barbara Freiburghaus, Lena Skoko, Mentari Baumann, Stephanie Anliker, Yvonne Thomet.

Grund für diese unbefriedigende Situation sind nicht fehlende Fähigkeiten oder fehlendes politisches Interesse der Frauen, sondern der schwierige Balanceakt, Beruf, Familie und politisches Engagement unter einen Hut zu bringen.

Wegen dieser unbefriedigenden Situation trafen sich die FDP Frauen Kanton Bern am 17. Oktober 2020 zu einem Workshop, um über die Hürden für den Einstieg von Müttern junger Kinder in die Politik zu diskutieren.

**Cloé Jans**, Politikwissenschaftlerin beim gfs.bern, zeigte in ihrem Einstiegsreferat den Teilnehmerinnen auf, wieso das Engagement der Frauen in der Politik so wichtig ist. Bereits FDP-Bundesrätin Elisabeth Kopp – erste Frau im Bundesrat überhaupt – hielt fest: «Frauen haben einen anderen Lebenshintergrund als Frauen, als Mütter, als Berufstätige. Sie setzen deshalb auch andere Prioritäten als ihre männlichen Kollegen. Diese Frauen müssen in die Politik integriert werden und dort die Alternativen und anderen Prioritäten einbringen können.»<sup>1</sup>

Cloé Jans knüpfte an diese Aussage an und betonte, dass mehr Frauen in der Politik nicht nur aus Gerechtigkeitsüberlegungen nötig sind: Die gleichberechtigte Teilhabe am politischen Entscheidungsprozess verbessert auch die Qualität der Demokratie

und erweitert die Auswahl an qualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten für politische Ämter.

Obwohl unser demokratisches System den gleichberechtigten Zugang zu politischen Ämtern vorsieht, sind in der Praxis Politikerinnen immer noch in Unterzahl, und Studien zeigen, dass sie weniger Kinder haben und häufiger alleinstehend sind als ihre männlichen Kollegen.<sup>2</sup>

**Claudine Esseiva**, FDP-Stadträtin in Bern, Mutter und Partnerin bei einer Berner Kommunikationsagentur, und **Letizia Müller**, glp-Gemeinderätin in Leissigen, Mutter und Kindergärtnerin, illustrierten anhand ihrer Erfahrungen, mit welchen Schwierigkeiten sie tagtäglich konfrontiert sind, um ihr politisches Mandat neben Familie und Beruf ausüben zu können. Bereits die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine grosse Herausforderung. Das zusätzliche politische Engagement ist nochmals zeitaufwendiger und nervenaufreibender.

Erschwerend kommen Erwartungen und Druck von der Öffentlichkeit hinzu: Für die einen ist die politisch engagierte Frau eine Rabenmutter, die ihre Kinder nie sieht; für die anderen sollte Frau Vorbild sein, keine Fehler machen und immer alles perfekt im Griff haben. Die beiden Frauen unterstrichen die Schwierigkeiten: Manchmal «klepft's und tätscht's»

es zu Hause, und manchmal fehlt auch die Energie, um alles Nötige an die Hand zu nehmen. Die Unterstützung von Familie und Partner ist deshalb zentral, um diesen Balanceakt sturzfrei zu bewältigen.

Laura Bircher, Anwältin und Mitglied des Gemeindeparlaments von Muri b. Bern, zeigte anhand des Deutschen Bundestags, wie unser nördlicher Nachbar sich der Vereinbarkeitsproblematik angenommen hat. Da Bundestagsabgeordnete keinen Anspruch auf Elternzeit haben, bleibt Parlamentarierinnen oft nichts anderes übrig, als ihre Kinder mitzubringen. Deshalb hat der Bundestag eine eigene Kindertagesstätte, verfügt über Mutter-Kind-Büros sowie Wickel- und Stillräume. In Notfällen können Eltern ihre Kinder auch mit an eine Sitzung nehmen – dabei werden im Vorfeld Spielregeln festgelegt, damit die Kinder die Sitzung nicht stören.

Gestützt auf diese Eindrücke und Erkenntnisse haben sich die Teilnehmerinnen im Rahmen von Workshops der Lösungsfindung gewidmet. Dabei ist ein breites Spektrum an Ideen für politische Vorstösse und organisatorische Massnahmen entstanden, die die Hürden für den Einstieg in die Politik für Eltern mit jungen Kindern senken könnten.

Der Vorstand der FDP Frauen Kanton Bern wird zusammen mit kleinen Ad-hoc-Arbeitsgruppen diese Ideen weiterverfolgen und konkretisieren. Unser Ziel ist es, im Jahr 2021 – dem 50. Jubiläumsjahr des Frauenstimm- und Wahlrechts – auf kantonaler und kommunaler Ebene Massnahmen vorzuschlagen, welche die vermehrte politische Partizipation von Müttern junger Kinder ermöglichen. Wir bleiben dran und arbeiten weiter an konstruktiven und liberalen Lösungsansätzen!

**Stephanie Anliker**

Vorstandsmitglied FDP Frauen Kanton Bern, Bern

<sup>1</sup>Quelle: <https://www.srf.ch/news/schweiz/neue-wahlplattform-warum-braucht-es-mehr-frauen-in-der-politik-frau-kopp>

<sup>2</sup>Studie der Weltbank «The female political career», 2015 / Gender-Gap in der politischen Partizipation und Repräsentation Ein internationaler Vergleich und die Situation von Frauen in der österreichischen Kommunalpolitik, 2019

### Save the date

**Mitgliederversammlungen  
FDP Frauen Kanton Bern 2021**  
jeweils um 19 Uhr  
26. Januar 2021  
22. April 2021  
18. August 2021  
19. Oktober 2021

# Hommage à un roc: Walter von Kaenel

PLR Saint-Imier

Walter von Kaenel a tiré sa révérence après 51 ans passés au sein de l'entreprise Longines. Quel parcours exceptionnel pour cet ancien apprenti de commerce d'une quincaillerie de La Chaux-de-Fonds.

Après un passage comme fonctionnaire technique aux Douanes suisses à La Chaux-de-Fonds, Bienne et Brigue, il retourne dans le privé chez le fabricant de cadrans Jean-Singer & Cie à La Chaux-de-Fonds.

## 1969: il entre chez Longines... un parcours couronné de succès

Longines, l'entreprise dans laquelle, étape par étape, il gravira tous les échelons pour en devenir en 1988 le directeur général ou président du comité de direction (CEO). En 1990, il devient membre de la Direction élargie de la SMH, devenue Swatch Group en 1991.

Walter von Kaenel a guidé avec succès, intelligence et charisme la marque au sablier ailé à travers toutes les crises horlogères.

Debout à l'aube et dernier couché il a fait connaître Longines dans le monde entier.

Infatigable, enthousiaste et avec une énergie folle, il passait d'un continent à l'autre, de la Chine aux USA, sans oublier l'Europe, afin de visiter ses clients, prendre la température du marché local et motiver ses équipes.

Chaleureux et sincère, pragmatique, Walter von Kaenel était à l'écoute aussi bien d'un simple collaborateur à la production que d'un cadre supérieur.

Son expérience inégalable et son fin nez ont permis à Longines de connaître un développement fulgurant et d'atteindre un chiffre d'affaires consolidé de plus d'un milliard de CHF par an.

Longines et Saint-Imier sont ainsi connus dans le monde entier.

## Une constante: un homme «au cœur gros comme ça»

Toujours disponible et constructif, Walter von Kaenel a participé à la vie économique et politique de la région et du canton. Il a notamment été membre du bureau de la Chambre d'Economie du Jura bernois (CEP), de l'Union du commerce et de l'industrie du Jura bernois (UCI). Il a également

siégé au Conseil d'administration des Forces Motrices bernoises (FMB), ainsi que dans les rangs PLR au Conseil général de Saint-Imier de 2003 à 2010. A été vice-président du PLR du canton de Berne de 1992 à 1996, et président du PLR du Jura bernois de 1996 à 1998.

Membre influent de l'Assemblée interjurassienne, il a présidé la commission des institutions et la délégation bernoise et assumé la co-présidence de l'AIJ de 2004 à 2006.

Walter von Kaenel fait partie des 24 premiers membres du Conseil du Jura bernois (CJB) en 2008; il y siège jusqu'en 2018 et préside la section des institutions.

Sportif, il a présidé l'Association jurassienne d'athlétisme et a pratiqué le tir, la course d'orientation et d'endurance ainsi que le ski de fond.

## Une passion: l'histoire régionale

Sa passion pour l'histoire régionale toujours intacte, le colonel von Kaenel, ancien commandant des régiments d'infanterie 46 et 9, est l'instigateur de l'Espace muséal des troupes jurassiennes qui ouvrira ses portes dans le courant de 2021 au Musée de Saint-Imier.

Il a aussi contribué à l'édition et publication de nombreux ouvrages de l'histoire socio-économique du Vallon de St-Imier et du Jura bernois, ainsi que des ouvrages sur l'histoire des troupes jurassiennes.

## Merci

C'est un mot qui est de plus en plus oublié et pourtant dire merci est important.

Lors de la séance du Conseil de ville du 18 juin 2020, le président du PLR, M. Denis Gerber a déjà adressé ses sincères remerciements à Monsieur Walter von Kaenel.

Jamais avare de son temps, il s'est aussi beaucoup engagé avec succès pour le développement de sa région et de ses institutions.

Aujourd'hui, nous tenons avec quelques mois de recul, et aussi du fond du cœur à adresser publiquement MILLE MERCIS à Walter von Kaenel, et lui réitérer nos félicitations pour le bilan exceptionnel de ses 51 années passées chez Longines, dont 32 à la direction générale.



Walter von Kaenel



Jungfreisinnige Kanton Bern

## Stadtratswahlen Bern 2020: Historische JF-Liste

Am 29. November 2020 wählt Bern eine neue Regierung und ein neues Parlament. Wir Jungfreisinnigen sind als einzige bürgerliche Jungpartei mit einer eigenen Liste vertreten. Dazu erreicht die gemeinsame Liste der Jungfreisinnigen Stadt Bern und digital-liberal.ch gar historische Ausmasse. 31 Kandidierende stellen sich zur Wahl. In den letzten 30 Jahren konnten die Jungfreisinnigen Stadt Bern nie so viele Kandidatinnen und Kandidaten auf einer Liste präsentieren.

Dass sich die Liste der Jungfreisinnigen Stadt Bern in diesem Jahr so gut gefüllt hat, ist aber kein Zufall. Aus der Sicht des Vorstands hat Corona und die damit verbundenen Einschränkungen und wirtschaftlichen Unsicherheiten für viele junge Menschen den Ausschlag gegeben, um sich politisch zu engagieren.

So konnten die Jungfreisinnigen Stadt Bern in den letzten Monaten auffällig viele Neumitglieder begrüssen und auch direkt für eine Stadtratskandidatur begeistern.

Angesichts der katastrophalen Finanzlage der Stadt Bern und dem immer grösseren Ungleichgewicht, zu Ungunsten der Bürgerlichen, ist es umso wichtiger, dass wir als bürgerliche Jungpartei ein Zeichen setzen können. Jetzt sind unkonventionelle, innovative und kreative Ideen gefragt, damit die Stadt Bern auch für die nächsten Generationen lebenswert und vor allem bezahlbar bleibt.

Listenplatz	Kandid.Nr.	Name	Vorname	PLZ	Geburtsjahr	Beruf	Adresse
01	19.01.1	Androski	Harzi	3007	1988	Unternehmer	Herr
02	19.02.0	Dier	Olivier	3008	1990	Gefängnismitarbeiter	Herr
03	19.03.8	Blatter	Michael	3006	1968	Travel Manager	Herr
04	19.04.6	Eberhard	Sarah	3012	1993	Journalist	Frau
05	19.05.4	Porta	Lionel	3008	1996	Kaufmann EFZ, Student HSG	Herr
06	19.06.2	Fischer	Tobias	3000	2000	Corporate Journalist	Herr
07	19.07.1	Frickler	Simon	3027	1989	Consultant, Betriebswirtschaftlicher HF	Herr
08	19.08.9	Gleider	Hendy	3000	1999	Finanzberater	Herr
09	19.09.7	Hag	Simon	3004	1969	Accountant	Herr
10	19.10.1	Hrasovic	Berislav	3000	1995	Student, Taxibater	Herr
11	19.11.0	Hausbäcker	Karl	3014	1990	Rechtsanwalt	Herr
12	19.12.7	Hirsch	Jonas	3015	1995	Student P.E. / Philosophie, Politics, Economics	Herr
13	19.13.5	Hübner	Matthias	3014	1991	Berater / Berater Finanzen SNF	Herr
14	19.14.3	Kaiser	Bernhard	3011	1989	IT Projektleiter	Herr
15	19.15.1	Lacher	Nicolas	3012	1999	Kaufmann EFZ, Student PH	Herr
16	19.16.0	Lampert	Severin	3009	1992	Student HWL	Herr
17	19.17.8	Mettler	Johanna	3006	1994	Studentin DWS	Frau
18	19.18.6	Mehle	Christian	3007	1991	Rechtsanwalt	Herr
19	19.19.4	Münzel	Vincent	3007	1997	Student ETH	Herr
20	19.20.8	Nicola	Philippe	3005	2001	Student HWL	Herr
21	19.21.6	Obelmann	Patrick	3012	1998	Okonom	Herr
22	19.22.4	Ostermann	Nicole	3011	1993	MBA, Studentin Business & Law	Frau
23	19.23.2	Schindl	Florian	3009	1990	Journalist	Frau
24	19.24.1	Schmid	Adrian	3006	2001	Student HWL	Herr
25	19.25.0	Stein	Lena	3003	1996	Berater / Beraterin Architektin	Frau
26	19.26.7	Suter	Niklaus	3014	1989	Strassenbauarbeiter	Herr
27	19.27.5	Uehli	Lina	3014	1998	Lehrschwester EFZ, Studentin AHS	Herr
28	19.28.3	Vogel	Bernhard	3013	1992	Lehrer / Qualitätsmanager	Herr
29	19.29.1	Vogel	Thomas	3011	1990	Software Tester	Herr
30	19.30.9	Von Elzener	Nikita	3013	1995	Information System Manager	Herr
31	19.31.3	Von Käry	Lutz	3006	1996	Student HWL	Herr

In diesem besonderen Wahljahr gilt es insbesondere den Digitalisierungsschub zu nutzen. Bereits vor Corona haben sich die Jungfreisinnigen Stadt Bern mit digital-liberal.ch zusammengeschlossen und eine gemeinsame, digitale Liste gebildet. Trotz Lockdown konnten wir unseren Plan des «digitalen Wahlkampfes» konsequent weiterverfolgen.

Ganz in diesem Stil haben wir auch unser Motto für den diesjährigen Wahlkampf gewählt: blaues Update gegen den rot-grünen (Computer-)Virus.

Unser Ziel ist klar, wir wollen die hervorragende Ausgangslage mit unseren 31 Kandidierenden nutzen und den längst überfälligen Stadtratssitz in Bern zurückerobern!



# Enkel-Strategie auf Erfolgskurs

Umfrageresultate machen Mitgliederanliegen sichtbar

Wir sagen 15 753 Mal Danke! Der grosse Rücklauf zur Enkel-Strategie-Umfrage macht deutlich, dass die FDP-Mitglieder gewillt sind, an der Zukunft unseres Landes mitzuarbeiten. Die Rückmeldungen zeigen, dass der Kurs der FDP breite Unterstützung erfährt. Die Herausforderungen von morgen können angepackt werden.

Rund 16000 FDP-Mitglieder aus der ganzen Schweiz haben sich in den letzten Wochen an der grossen Umfrage zur Enkel-Strategie beteiligt. Damit wird sogar die Rücklaufquote der letztjährigen Umfrage zur künftigen Umwelt- und Klimapolitik der FDP noch übertroffen. Das ist umso erfreulicher, weil der soziale und politische Austausch in den letzten Monaten aufgrund der Covid-Pandemie erschwert wurde. Auch deshalb war es der FDP ein Anliegen, ihre Basis wieder aktiv einzubeziehen. Die starke Beteiligung an der Umfrage bestätigt deutlich das Bedürfnis unserer Mitglieder, sich politisch einzubringen. Die grosse Beteiligung freut auch Parteipräsidentin Petra Gössi: «Mit unserer Enkel-Strategie sorgen wir dafür, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können. Ich bin stolz darauf, dass die FDP-Mitglieder bereit sind, mit Pioniergeist die Zukunft der Schweiz mitzugestalten.»

Mit der Enkel-Strategie will die FDP die Weichen für eine liberale und zukunftstaugliche Politik in drei zentralen Bereichen stellen:

- Für einen attraktiven Wirtschaftsstandort, der allen auch in Zukunft eine Arbeitsstelle bietet und somit ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.
- Für gesicherte Sozialwerke, damit auch kommende Generationen von Vorsorge- und Gesundheitsdienstleistungen profitieren können.
- Für intakte Lebensgrundlagen, sowohl was die Umwelt als auch die Infrastrukturen und die Energieversorgung betrifft.

Die Umfrage gab den FDP-Mitgliedern auch die Gelegenheit, sich zu den Werten der FDP zu äussern. Diese Möglichkeit wurde rege genutzt und zeigte, dass 87 Prozent der Mitglieder mit dem Kurs der FDP zufrieden sind – ein deutliches Bekenntnis zur FDP-Politik. Auch die heutige Finanzpolitik inkl. Schuldenbremse ist mit einer Zustim-

mung von 80 Prozent bei der Basis breit abgestützt. Als Hauptaufgabe des Staates definiert die Mehrheit der Umfrageteilnehmer das Thema Sicherheit. Aber auch die Handelsbeziehungen der Schweiz geniessen viel Unterstützung: Knapp 67 Prozent sind der Ansicht, dass die Schweiz keine Handelsbeziehungen gefährden, aber humanitäre Aspekte einbringen soll.

### Mehr Einsatz für Lebensgrundlagen

Die letzte grosse Mitgliederumfrage bildete die Basis für die aktuelle Umwelt- und Klimapolitik der FDP. Auch in der Umfrage zur Enkel-Strategie konnten sich die Teilnehmer im Bereich Lebensgrundlagen zum Engagement der FDP äussern. Zwei Drittel der Befragten gaben dabei an, dass sich die FDP stärker für die Lebensgrundlagen in der Schweiz engagieren soll, während 29 Prozent der Ansicht sind, dass das heutige Engagement ausreicht. Die Mitglieder wünschen sich zudem eine starke Wirtschaft, die aber auch Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt. Zu starkes Bevölkerungswachstum wird aber kritisch betrachtet. 58 Prozent macht die Vorstellung einer Schweiz mit 10 Millionen Einwohnern Sorgen.

*Fortsetzung auf Seite 9*

## Das Thema Vorsorge geniesst Priorität

Zu enkeltauglichen Lösungen gehört aber weit mehr als nur der Schutz der Umwelt. Deshalb deckt die Umfrage auch die Bereiche Altersvorsorge und Gesundheit ab. Schliesslich gilt das Nachhaltigkeitsprinzip ebenso für Sozialwerke, wenn kommende Generationen von deren Leistungen profitieren sollen. Die FDP setzt sich kontinuierlich mit Vorstössen für diese Anliegen ein, dazu kommt die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, die sich momentan im Sammelstadium befindet. Dieser Einsatz wird von den FDP-Mitgliedern unterstützt und soll sogar noch ausgebaut werden. 61 Prozent der Befragten wollen, dass sich die FDP in Zukunft noch stärker für die Vorsorge in der Schweiz engagiert. 37 Prozent der Teilnehmer sind mit dem bisherigen Einsatz zufrieden. Dass das Thema Aufmerksamkeit verdient, ist offensichtlich. So schätzen nur gerade 13 Prozent der Teilnehmer die Wahrscheinlichkeit als hoch ein, dass im Jahr 2050 das Altersvorsorgesystem mit drei Säulen ein finanziell sorgenfreies Leben nach der Pensionierung ermöglicht. Damit das bewährte System weiterhin funktioniert, sind Massnahmen dringend nötig. Am meisten Zuspruch erhält dabei die Erhöhung des Rentenalters. Zudem wünschen viele Umfrageteilnehmer eine Stärkung der individuellen Vorsorge (3. Säule) sowie eine bessere Altersabsicherung von Teilzeitarbeit oder neuer Arbeitsformen.

## Wunsch nach mehr Flexibilität im Beruf

Damit die Altersvorsorge ihre Leistungen erbringen kann, ist eine gesunde Wirtschaft mit genügend Arbeitsplätzen unabdingbar. Zwei Drittel der Befragten wollen, dass sich die FDP mehr für die Arbeitsplätze in der Schweiz engagiert, während ein Drittel der Ansicht ist, dass das heutige Engagement ausreicht. Die Befragten wünschen sich insbesondere, dass die Flexibilität der Arbeit mehr Gewicht erhält, damit sich Freizeit/Familie und Beruf gut vereinbaren lassen. Damit die Unternehmen in der Schweiz Arbeitsplätze schaffen können, brauchen sie gute Rahmenbedingungen. Gemäss 85 Prozent der Befragten soll dies durch Bürokratieabbau, bessere Investitionsbedingungen und eine massvolle Steuerbelastung geschehen. Dies soll ermöglichen, dass Arbeitsplätze weiterhin in der Schweiz bleiben. Die grösste Gefahr für künftige Generationen sei nämlich die Verlagerung von Jobs ins Ausland.

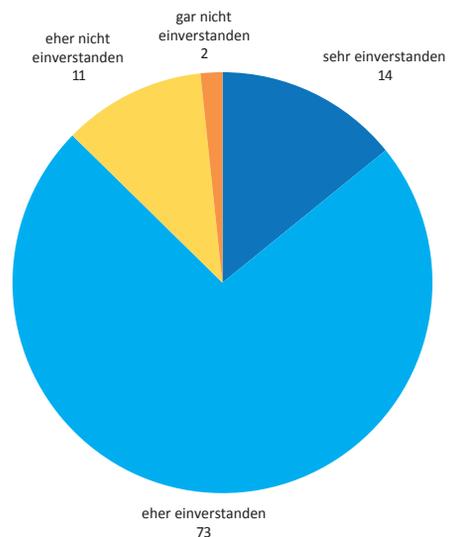
Dank der Umfrage zur Enkel-Strategie verfügt die FDP nun über einen breiten Strauss von wertvollen Rückmeldungen aus der Basis. Diese fliessen nun ein in die Erarbeitung der umfassenden Enkel-Strategie, die im Laufe des kommenden Jahres präsentiert wird.

Marco Wölfli

## Einverständnis Kurs FDP

«Ganz generell: Sind Sie mit dem heutigen Kurs der FDP einverstanden?»

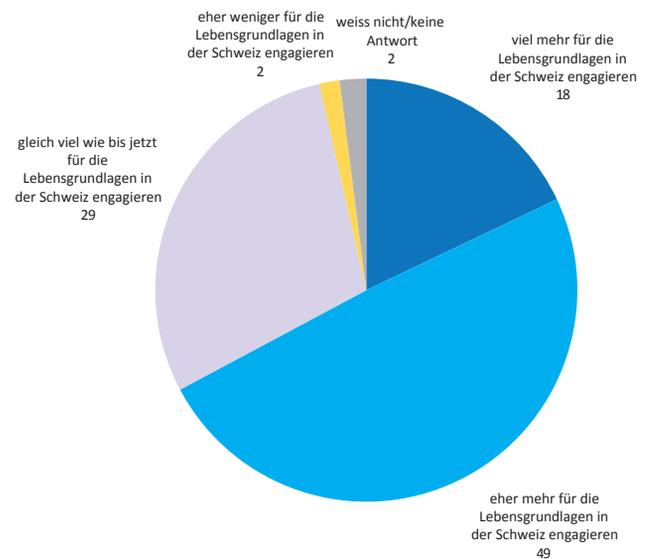
in % FDP-Mitglieder



## Engagement FDP auf Lebensgrundlagen

«Im Kapitel «Lebensgrundlagen» beantworten Sie Fragen zu Mobilität, Infrastruktur, Umwelt und Konsum. Ganz generell, soll sich die FDP in Zukunft ...»

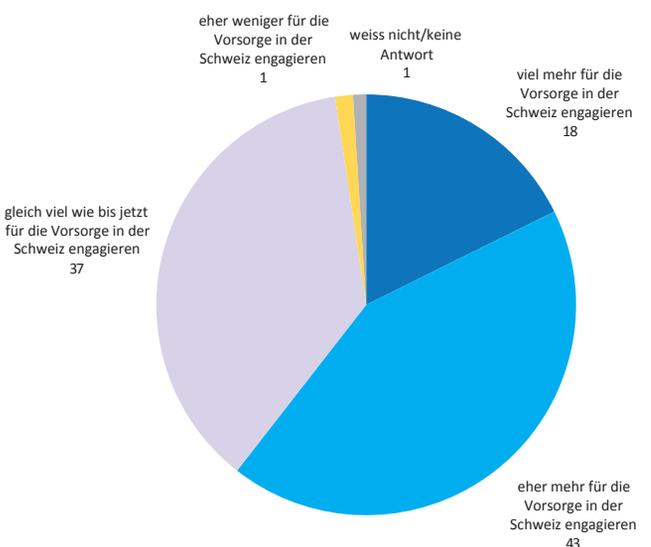
in % FDP-Mitglieder



## Engagement FDP auf Altersvorsorge und Gesundheitspolitik

«Im Kapitel «Vorsorge und Gesundheit» beantworten Sie Fragen zur Altersvorsorge und zur Gesundheit. Ganz generell, soll sich die FDP in Zukunft ...»

in % FDP-Mitglieder





# Für einen griffigen Klimaschutz

CO<sub>2</sub>-Gesetz ist ausgewogen und zielgerichtet

Die FDP hat die Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes, das in der Herbstsession 2020 im Parlament deutlich angenommen wurde, entscheidend geprägt und damit massgeblich zu einer mehrheitsfähigen und griffigen Vorlage beigetragen. Das Massnahmenpaket ist ausgewogen und ermöglicht die Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 durch Massnahmen im In- und Ausland. Es bringt zudem Planungs- und Investitionssicherheit für Unternehmen und eröffnet dem Gewerbe neue Chancen.

National- und Ständerat haben in der Herbstsession dank der Unterstützung der FDP dem revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz deutlich zugestimmt. Nachdem eine erste Version des Gesetzes vor zwei Jahren im Parlament noch nicht mehrheitsfähig war, brachte die FDP im Verlauf der weiteren Debatte zahlreiche Beschlüsse und Forderungen aus ihrem Positionspapier ein und konnte die vorliegende Fassung dadurch entscheidend mitprägen. Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz schafft die Grundlagen für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, das die Schweiz ratifiziert hat. Er ist für mich bildlich gesprochen ein

Schweizer Innovationshaus. Ein Topfundament und das Dach sind vom Bundesrat mit Netto-Null definiert. Ein Ausbau von Stockwerken muss noch folgen. Fakt ist, es handelt sich um den ersten von mindestens drei Schritten, wollen wir das Ziel – bis 2050 bei den Treibhausgasemissionen eine «Netto-Null-Bilanz» aufzuweisen – schaffen.

Zugleich ist die Vorlage ein mehrheitsfähiger Kompromiss. Wenn jetzt verschiedene Gruppierungen dagegen das Referendum ergreifen, darunter nebst den Erdölhändlern oder der SVP auch Westschweizer Klimajugend-Sektionen, ist das

kurzsichtig und torpediert eine griffige Klimapolitik. Denn nichts tun, ist keine Option!

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz braucht sich vor einer Volksabstimmung aber nicht zu verstecken. Die Massnahmen sind ausgewogen und zielführend und ermöglichen so die wichtige Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber dem Referenzjahr 1990. Das Gesetz bündelt verschiedene Massnahmen in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Industrie, damit alle ihren Beitrag zur Zielerreichung leisten.

### Effizienzgewinne und Chancen für die Wirtschaft

Dem Verkehrssektor kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die CO<sub>2</sub>-Zielwerte für den Durchschnitt neuer Fahrzeuge werden weitergeführt, analog zu den Vorgaben in der EU, die neu auch für schwere Lastwagen gelten. Damit werden wir künftig sparsamere Fahrzeuge haben, was die massvolle Erhöhung der Benzin- und Dieselpreise zur Kompensation des CO<sub>2</sub>-Austosses überwiegen wird. Auf Flugtickets wird künftig eine Lenkungsabgabe erhoben. Dabei profitieren jene, die wenig oder gar nicht fliegen. Die Abgabe beträgt zwischen 30 und 120 Franken, je nach Klasse und Reisedistanz, wobei die Hälfte der Einnahmen an die Bevölkerung zurückerstattet wird. Die andere Hälfte fliesst in den neuen Klimafonds, der u.a. auch durch ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Abgabe gespeist wird. Aus diesem neuen Fonds – übrigens eine der zentralen Forderungen aus dem Positionspapier – sollen u.a. innovative Projekte finanziert werden wie z.B. synthetisches Kerosin, damit Forschung in der Schweiz vorangetrieben werden kann. Ebenso wichtig sind die Massnahmen im Bereich Gebäude z.B. über die Fortführung und Optimierung des Gebäudeprogrammes oder die neuen CO<sub>2</sub>-Grenzwerte beim Heizungsersatz in Bestandesbauten. Das macht unseren Gebäudepark fit für die Zukunft, und das lokale Gewerbe profitiert von neuen Aufträgen.

### Wir halten, was andere nur versprechen

Die FDP hat 2019 eine griffige, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik beschlossen. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist ein wichtiger Schritt, um die Versprechen aus dem Wahljahr einzulösen. Neben dem Engagement für das CO<sub>2</sub>-Gesetz haben FDP-Parlamentarier rund 40 Vorstösse aus dem Umwelt- und Klimabereich eingereicht, beispielsweise für mehr Kreislaufwirtschaft, grüne Finanzprodukte oder mehr Transparenz für Konsumenten. Ein Grossteil dieser Vorstösse hat bereits Mehrheiten im Parlament gefunden. Dies ist parlamentarische Knochenarbeit mit liberalem Kompass!

### Damian Müller

Ständerat LU, Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

Rückhalt für das liberale CO<sub>2</sub>-Gesetz

## Fünf Stimmen für eine vernünftige Vorlage



### Nüchternes Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz

Die Öffnung des Zielvereinbarungssystems für alle Firmen ist für Swissmem die Basis für eine Zustimmung zum CO<sub>2</sub>-Gesetz. Dadurch ausgelöste Investitionen am CH-Produktionsstandort reduzieren auch künftig Emissionen. Schade ist der Verzicht auf eine rückerstattete Lenkungsabgabe beim Verkehr, und beim «Klimafonds» wird es zum Kampf um Subventionen statt zu technologieutraler Innovation kommen. Unabhängig davon liefert die Industrie effiziente, wirksame Lösungen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion. Diese haben das Potenzial, die Politik zu überholen. Fazit: ein nüchternes Ja zum Gesetz zugunsten des Arbeitsplatzes Schweiz.

**Stefan Brupbacher**  
Direktor Swissmem



### Handeln, bevor es zu spät ist

Als Präsidentin einer Berggemeinde habe ich jahrelang hautnah miterlebt, welche negativen Auswirkungen der Klimawandel auf die Natur und auf uns Menschen hat: Hochwasser, Murgänge, Fels- und Bergstürze nehmen zu, die Gletscher schmelzen, gesperrte Strassenverbindungen und der Schneemangel verursachen wirtschaftliche Schäden. Wir müssen handeln, bevor es zu spät ist. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung.

**Anna Giacometti**  
Nationalrätin, Stampa GR

### Kein Wunschkonzert

Das berühmte Haar in der Suppe findet man auch in diesem Gesetz. Jedoch ist ein Gesetz nicht ein Wunschkonzert, sondern das Ergebnis zwischen definierter Zielerreichung, machbaren Vorgaben und konstruktiven Mehrheiten. Für mich ist klar, wer zum Pariser Klimaabkommen Ja sagte, steht in der Pflicht, zur Umsetzung auch für ein gangbares CO<sub>2</sub>-Gesetz einzustehen!

**Peter Schilliger**  
Nationalrat und Unternehmer Gebäudetechnik,  
Udligenswil LU



### CO<sub>2</sub>-Gesetz ist eine Chance

Als ehemalige Waadtländer Staatsrätin für Umwelt und Energie sehe ich das CO<sub>2</sub>-Gesetz als Chance, die Energiewende, die Wirtschaft sowie Innovation und nachhaltige Entwicklung in Einklang zu bringen. Wenn wir nicht wollen, dass uns Rot-Grün noch drastischere Verbote, Verpflichtungen und Massnahmen verordnet, müssen wir handeln, anstatt uns zu beklagen.

**Jacqueline de Quattro**  
Nationalrätin VD



### Übernehmen wir Verantwortung

Die freisinnigen Werte Verantwortung, Freiheit und Pragmatismus spielen im neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz eine wichtige Rolle. Es ist unsere Pflicht, die natürlichen Ressourcen für künftige Generationen zu schützen. Der Status quo ist keine Option. Eigenverantwortung, die Anwendung des Kausalitätsprinzips und die Stärkung von Forschung und Innovation ermöglichen es uns, diese Herausforderungen zu meistern. Die Anwendung dieses Gesetzes verursacht zwar Kosten, aber sollte nicht jeder Unternehmer zuerst investieren, um später zu profitieren?

**Jacques Bourgeois**  
Nationalrat und Mitglied der Umweltkommission



# Ab auf die Strasse

Für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge

Die ersten beiden nationalen Sammeltage des Jungfreisinns und der FDP. Die Liberalen für die Renteninitiative sind vorbei. Jetzt gilt es, am Ball zu bleiben. Am 5. Dezember findet die nächste nationale Sammlung statt. Alle Sektionen und Ortsparteien sind zur aktiven Teilnahme aufgefordert.

Die AHV ist in Schieflage und schreibt rote Zahlen; seit 2018 sogar in Milliardenhöhe! Unternehmen wir jetzt nichts, häuft sich bis 2045 ein Schuldenberg von 250 Milliarden Franken an. Das entspricht den Kosten von 20 Gotthard-Basistunneln!

Während bei der erstmaligen Auszahlung von AHV-Renten im Jahr 1948 durchschnittlich 3,4 Erwerbstätige einen Rentner finanzierten, sind es heute lediglich noch deren 1,9. Gleichzeitig stiegen die Bezugsjahre – bei gleichbleibenden 44 Erwerbsjahren – von 13 auf 23. Eine erfreuliche Entwicklung in Sachen Lebenserwartung; eine düstere Prognose für die Sozialwerke.

Diesem strukturellen Problem hat sich die Renteninitiative verschrieben. Um die AHV nachhaltig zu sanieren, sieht die Initiative drei Massnahmen vor: 1. gleiches Rentenalter für Mann und Frau bis 2032, 2. eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre bis 2032 und 3. eine Verknüpfung

des Rentenalters mit der Lebenserwartung. Diese drei Massnahmen beheben das strukturelle Problem der AHV und verzichten auf Rentenkürzungen sowie auf die Erhöhung von Abgaben wie beispielsweise der Mehrwertsteuer.

## Unterstützung von nationalen Parlamentariern

Nach dem Fristenstillstand aufgrund des Covid-19-Virus nahmen die Jungfreisinnigen die Unterschriftensammlung im Sommer wieder auf und intensivieren ihr Engagement im Herbst. Anfang Oktober führten die Jungfreisinnigen zusammen mit der FDP den ersten nationalen Sammeltag durch und gingen in vielen Regionen motiviert auf die Strasse. Bewaffnet mit Unterschriftenbogen und Klemmbrett waren die Sektionen der Jungfreisinnigen in der Romandie, in Zürich, Bern, Basel-Land, Basel-Stadt, Luzern, Glarus, St. Gallen, Thur-

gau, Solothurn und Zug auf den Strassen. Dabei konnten sie auf tatkräftige Unterstützung von nationalen Parlamentariern zählen. Beispielsweise sammelten der Aargauer Ständerat Thierry Burkart in Adelboden und die Berner Nationalrätin Christa Markwalder in den Gassen Berns Unterschriften für eine sichere Altersvorsorge. Zudem wagten vereinzelte Ortsparteien der FDP erste Versuche im Unterschriftensammeln. Aus Sicht der Jungfreisinnigen war der erste nationale Sammeltag ein grosser Erfolg; in Luzern kamen beispielsweise bisher rund 3000 Unterschriften zusammen.

## Sammeloffensive vor Weihnachten

Damit die benötigten 100000 beglaubigten Unterschriften am 16. Juli 2021 fristgerecht eingereicht werden können, braucht es weiterhin den Einsatz aller! Die Jungfreisinnigen planen deshalb monatliche Sammeltage gemeinsam mit der FDP. Die Liberalen. Der nächste findet am Samstag, 5. Dezember, statt. Alle Sektionen der Jungfreisinnigen und FDP-Ortsparteien organisieren sich in Kleingruppen, bestellen via [info@renten-sichern.ch](mailto:info@renten-sichern.ch) Unterschriftenbögen und gehen am 5. Dezember für zwei bis drei Stunden auf die Strasse. Wer am Sammeltag nicht verfügbar ist, sammelt beispielsweise in der Familie, am Arbeitsplatz oder in Vereinen Unterschriften. Die Vorweihnachtszeit bietet genügend Gelegenheiten, dass jede und jeder nochmals fünf Unterschriften einsenden kann. Argumente, Infos sowie Sammeltipps gibt es auf [www.renten-sichern.ch](http://www.renten-sichern.ch).

Marco Wölfli



Romi Stebler ist am Bielersee aufgewachsen und eng mit der Region verbunden.



## «Ich freue mich, Entscheide zu treffen»

### Glanzvolle Wahl von Romi Stebler

Seit Anfang November ist Romi Stebler Regierungstatthalterin des Verwaltungskreises Biel-Bienne. Als freisinnige Aussenseiterin setzte sie sich in der Wahl gegen den SP-Kandidaten durch.

Der intensive Abstimmungssonntag am 27. September hielt für Romi Stebler auch eine persönliche Überraschung bereit. Der 35-jährigen FDP-Frau gelang die Wahl zur Regierungstatthalterin des Verwaltungskreises Biel-Bienne. Seit der Verwaltungskreisreform vor zehn Jahren war das Amt stets in Händen von SP-Männern, und Steblers Herausforderer Bruno Bianchet wollte diese Tradition fortsetzen. Im Verwaltungskreis, in dem die rotgrün-dominierte Stadt Biel die Hälfte der Einwohner stellt, schien seine Ausgangslage gut. Dazu kam, dass Romi Stebler über keine Wahlkampferfahrung verfügte. «Ich hatte kaum Kenntnisse, wie man eine solche Kampagne aufzieht. Zum Glück konnte ich auf viel Unterstützung von Pierre-Yves Grivel, Peter Bohnenblust und ein engagiertes und motiviertes Team zählen», sagt Stebler. Neben dem Grossrat und ehemaligen Präsidenten der FDP Kanton Bern (Grivel) und dem Bieler Stadtparlamentarier (Bohnenblust) stand ein brei-

tes Netzwerk aus Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur hinter ihr.

#### Französischsprachige Bieler im Fokus

Stebler, die selbst auch in Biel lebt, konzentrierte ihren Wahlkampf auf Biel, insbesondere auf die französischsprachige Bevölkerung. Umso mehr erstaunt, dass Stebler aus dem Lager ihres Kontrahenten vorgeworfen wurde, dass ihre Französischkenntnisse den Erfordernissen des Amtes nicht genügen würden. «Mein Französisch ist gut, aber nicht perfekt. Als Bielerin bin ich es gewohnt, dass jeder in seiner Muttersprache spricht und verstanden wird», lautet ihre gelassene Antwort. Dass die Gegner Steblers Sprachkenntnisse bemängelten, zeigt, wie wenig Angriffsfläche sie in fachlicher Hinsicht bot.

#### Mit der Materie bestens vertraut

Die Rechtsanwältin und Bauverwalterin arbeitete

bisher auf dem Regierungstatthalteramt Seeland in Aarberg. Die Welt der Regierungstatthalterämter ist daher kein Neuland für sie. «Mit meiner Erfahrung bin ich mit den Abläufen in einem Regierungstatthalteramt vertraut und kenne die zuständigen Personen.» Stebler schätzt auch die Vielfalt, die das Amt der Regierungstatthalterin mit sich bringt: «Man steht im Austausch mit Bürgern, Gemeinden, kantonalen Amtsstellen und ist in zahlreiche Bewilligungsverfahren eingebunden. Das sorgt für viel Abwechslung.» Als Regierungstatthalterin muss man teilweise auch umstrittene Beschlüsse fassen. Das schreckt Stebler nicht ab: «Ich freue mich darauf, Entscheide zu treffen.»

Dies tut sie bereits seit Anfang November, als sie ihr Büro im Schloss Nidau bezog. Die kurze Zeitspanne zwischen Wahl und Arbeitsbeginn sei intensiv gewesen, weil es in Aarberg noch viele Dossiers abzuschliessen gab. Zudem durfte Stebler auch noch zahlreiche Gratulationen beantworten. «Eine Stunde nach meinem Wahlsieg hatte ich bereits 120 Glückwunsch-Nachrichten auf dem Handy, und viele weitere folgten. Mittlerweile habe ich praktisch alle beantwortet», sagt Stebler. Damit ist sie gerüstet, dem Regierungstatthalteramt Biel neuen, freisinnigen Schwung zu verpassen.

**Marco Wölfli**

# Rosa Rosen für eine diverse Stadt Bern

**RADIGAL** engagiert sich im städtischen Wahlkampf

Im Rahmen der Stadtberner Wahlen kandidieren mehrere Mitglieder der FDP und der Jungfreisinnigen, die sich für eine diverse Stadt Bern und die Anliegen der LGBTI\*-Community einsetzen. Im Rahmen des internationalen Coming Out Days vom Sonntag, 11. Oktober 2020, verteilten Stéphanie C. Anliker, Mentari Baumann, Nik Eugster, Joël Hirschi und Claude Meier 200 rosa Rosen an die Stadtberner Bevölkerung und erhielten viel positiven Zuspruch. Die Aktion sollte auch aufzeigen, wie divers und weltoffen die FDP-Mitglieder und die Jungfreisinnigen sind.

Neben nationalen Themen wie der «Ehe für alle» gibt es auch auf der städtischen Ebene viele Bereiche, in denen dringender Handlungsbedarf besteht. Eine Untergruppe von Kandidat\*innen, welche für das Stadtberner Parlament kandidieren und sich für Anliegen der LGBTI\*-Community einsetzen, verlangen zum Beispiel mehr Orte, in denen sich anderssexuelle Jugendliche treffen können, ohne Gewalt oder Ablehnung zu erfahren. Hier ist die Jugendarbeit der Stadt Bern gefordert. Wichtig ist zudem ein solides Beratungsangebot für LGBTI\*-Personen. Dieses soll in erster Linie in Zusammenarbeit mit privaten Organisationen sichergestellt werden. Wünschenswert ist zudem mehr Sichtbarkeit der LGBTI\*-Community, z.B.

durch eine entsprechende Beflaggung der Stadt im Pride-Monat Juni oder aktives Tourismusmarketing in diesem Bereich. Andere Städte sind diesbezüglich deutlich aktiver, was sich merkbar auf die Besuchsfrequenz dieser oft zahlungskräftigen Zielgruppe auswirkt.

## Blüten und Dornen

Um auf diese Themen aufmerksam zu machen und auch aufzuzeigen, wie divers die Kandidat\*innen der FDP Stadt Bern und der Jungfreisinnigen Stadt Bern im aktuellen Stadtratswahlkampf sind, lancierten Stéphanie C. Anliker, Mentari Baumann, Nik Eugster, Joël Hirschi und Claude Meier eine sympathische Aktion mit 200 rosa Rosen. Diese



wurden von ihnen am internationalen Coming Out Day in der Stadt Bern verteilt. Das Resultat waren spannende Gespräche und dankende Worte. Aber: «So schön die Rosen sind, die Dornen dürfen auch ein wenig stechen. Wir wollen mit den Rosen auf wichtige Anliegen der LGBTI\*-Community aufmerksam machen», so die Initiant\*innen der Aktion. Die Aktion sollte zudem aufzeigen, dass die FDP sich mit ihren liberalen Werten für eine tolerante und offene Gesellschaft einsetzt. Freiheit, auch was den Lebensstil betrifft, kann am besten verteidigt werden, indem am Sonntag, 29. November 2020, die Liste 12 der FDP Die Liberalen Stadt Bern oder die Liste 19 der Jungfreisinnigen Stadt Bern in die Urne gelegt wird.

**Nik Eugster**  
Stadtratskandidat und Co-Präsident  
FDP Bern-Nord



Die Berner Stadtratskandidaten überraschten Passanten mit rosa Rosen.





# Eine Kampagne gegen die UVI

Unternehmer engagieren sich gegen die Initiative

Die Unternehmensverantwortungsinitiative ist ein Hochrisikoexperiment in Zeiten von Corona, das nicht zu verantworten ist. Sie schadet mit ihren radikalen Forderungen dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz, ohne ihre hehren Ziele zu erreichen. Unterstützen Sie die FDP im Abstimmungskampf, und helfen Sie mit, dass die unvernünftige Initiative am 29. November klar abgelehnt wird!

Die Initianten greifen mit der Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) die Unternehmen in der Schweiz pauschal an. Sie polemisieren mit Einzelfällen und stellen die ganze Wirtschaft unter Generalverdacht. Bei genauerem Betrachten zeigt

sich nämlich: Die UVI trifft alle Unternehmen in der Schweiz. Die Haftungsbestimmungen der Initiative treffen nicht nur international tätige Konzerne, sondern auch unsere KMU – die 99,7 Prozent der Schweizer Unternehmen ausmachen.

Seit dem 19. Oktober hängen schweizweit fast 4000 FDP-Hohlkammerplakate.

### Betroffenheit der KMU unbestreitbar

Die UVI will zwar auf die Bedürfnisse von KMU mit geringen Risiken Rücksicht nehmen. In Realität kann jedoch nicht jedes Unternehmen separat betrachtet werden. Wir leben in einer komplett vernetzten Wirtschaft. Oft arbeiten unsere KMU mit grösseren Unternehmen zusammen als deren Auftragnehmer oder Zulieferer. Weil die UVI die Kontrolle der gesamten Lieferkette vorsieht, werden die grösseren Unternehmen die gleichen Auflagen, die sie selbst einhalten müssen, an ihre Zulieferer weitergeben. Dazu sind sie durch die Initiative gezwungen. So werden unsere KMU trotzdem die für sie kaum zu bewältigende Sorgfaltsprüfung durchführen müssen. Schliesslich haften alle Schweizer Unternehmen für Vergehen von Handelspartnern an Menschenrechten oder Umweltstandards.

«Die Haftungsbestimmungen der Initiative treffen nicht nur international tätige Konzerne, sondern auch unsere KMU.»

### Engagieren Sie sich jetzt für unsere Schweizer KMU!

Deshalb engagiert sich die FDP in ihrer Abstimmungskampagne gegen die Initiative, für einen Wirtschaftsstandort, dem in Zeiten von Corona nicht weitere Hürden auferlegt werden. Machen auch Sie sich für unsere Schweizer Unternehmen stark! Werden Sie auf unserer Webseite [www.kmu-gegen-uvi.ch](http://www.kmu-gegen-uvi.ch) Mitglied unseres KMU-Komitees und lassen Sie ein Testimonial erstellen. Und bestellen Sie dort Hohlkammerplakate, mit der Sie Ihr Engagement nach aussen tragen. Gemeinsam haben wir eine Chance, den Vorsprung der Initianten aufzuholen und die schädliche UVI an der Urne scheitern zu lassen.

### Anna Wartmann

*Mehr zur Unternehmensverantwortungsinitiative im Interview mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter auf Seite 16.*

(Bild: EJPD/Alessandro della Valle)



# Gegenvorschlag ist für Herz und Verstand – Initiative will extreme Lösung

## Bundesrätin Karin Keller-Sutters Einsatz gegen die UVI

Am 29. November stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) ab. Sie verfolgt zwar hehre Ziele, schadet aber mit radikalen Forderungen dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz, ohne dabei ihrem eigentlichen Ziel zu nützen. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert im Interview die Argumente gegen die Initiative.

**Frau Keller-Sutter, die Initiative verfolgt hehre Ziele. Weshalb lehnen Bundesrat und Parlament die Initiative dennoch ab?** Bundesrat und Parlament teilen das Ziel der Initiative, nämlich die Stärkung der Menschenrechte und des Umweltschutzes. Aber die Initiative ist zu radikal. Sie verlangt unter anderem, dass Unternehmen künftig auch für ihre Tochtergesellschaften oder wirtschaftlich abhängigen Zulieferer im Ausland haften, auch wenn sie rechtlich eigenständig sind. Liberale wollen, dass Unternehmen Verantwortung tragen und das Prinzip des ehrbaren Kaufmanns achten. Dass man auch für

Schäden haften soll, die Dritte zu verantworten haben, geht aber eindeutig zu weit und ist nicht liberal. Zuständig für Klagen wären zudem Schweizer Gerichte, die nach Schweizer Recht einen Sachverhalt im Ausland beurteilen müssten.

**Erreicht man mit dem Gegenvorschlag wirklich die gleichen Ziele?** Ja, und das wirksam! Die Initiative will eine extreme Lösung. Der Gegenvorschlag ist für Herz und Verstand. Auch der Bundesrat will Unternehmen künftig stärker in die Pflicht nehmen. Der Gegenvorschlag nimmt deshalb die be-

rechtigten Themen der Initiative auf und setzt beispielsweise bei der Kinderarbeit an. Das war mein persönliches Anliegen. Künftig müssen Unternehmen belegen, dass ihre ganze Lieferkette frei von Kinderarbeit ist. Bei der Kinderarbeit ist der Gegenvorschlag gleich streng wie die Initiative.

**Es handelt sich aber nur um ein Gesetz, nicht um einen Verfassungsartikel.** Stimmt. Und das ist auch von Vorteil. Wenn die radikale Initiative abgelehnt wird, kommt der indirekte Gegenvorschlag direkt zum Zug. Das schafft Rechtssicherheit für unsere Unternehmen und verhindert ein jahrelanges Tauziehen im Parlament. Zudem basiert der Gegenvorschlag auf dem bewährten Schweizer Haftungsrecht: Jedes Unternehmen haftet für die eigenen Schäden, vor Ort. Dazu kommen noch mehr Transparenz und neue Sorgfaltsprüfungspflichten sowie zudem eine Strafbestimmung. Es ist also ein ausgewogener und lösungsorientierter Gegenvorschlag.

### «Eine lückenlose Prüfung der Lieferkette ist nicht umsetzbar.»

**Könnte man bei einem Ja von einem Alleingang der Schweiz sprechen?** Ja. Die Haftungsregel der Initiative bedeutet klar einen Schweizer Alleingang und benachteiligt unsere Unternehmen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten. Der Gegenvorschlag ist hingegen international abgestimmt und übernimmt die Bestimmungen, die in Europa auch gelten. Damit haben wir gleich lange Spiesse. Die Sorgfaltsprüfungspflichten der Initiative umfassen sämtliche Geschäftsbeziehungen eines Unternehmens. KMU beziehen oft Produkte aus vielen Ländern und von zahlreichen Lieferanten. Eine lückenlose Prüfung der gesamten Lieferkette ist nicht nur bürokratisch, sondern gar nicht umsetzbar.

**Die Initianten beharren darauf, dass KMU von der Initiative ausgenommen sind. Die Gegner wollen das Gegenteil. Wer hat Recht?** Der Initiativtext ist glasklar und spricht ausschliesslich von «Unternehmen». Konzerne werden nicht erwähnt. Wenn es den Initianten ausschliesslich um Konzerne gegangen wäre, hätten sie dies im Text so schreiben können. Oder sie hätten sagen können, dass z.B. nur Unternehmen mit 5000 Mitarbeitern betroffen sind, wie das Frankreich macht. Man muss sich auch bewusst sein, dass unsere Wirtschaft zu 98 Prozent aus KMU besteht und dass wir jeden zweiten Franken im Ausland verdienen. Es ist damit klar, dass auch zahlreiche KMU betroffen sein werden.

**Wie viele KMU wären denn von der Initiative betroffen?** Gemäss einer Studie von Sotomo sind etwa 80 000 Unternehmen betroffen, wovon wiederum 80 Prozent weniger als zehn Mitarbeiter beschäftigen. Diese Betriebe wären gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten benachteiligt, was in diesen ohnehin unsicheren wirtschaftlichen Zeiten eine zusätzliche Belastung bedeutet.

**Was halten Sie vom Engagement gewisser Kirchen in diese Kampagne?** Es ist ihr Recht. Ich war aber immer der Meinung, dass sich die Kirchen zu übergeordneten Fragen und nicht zur Tagespolitik äussern sollten. Die Kirchen sollten auch nicht vergessen: Ihre Gläubigen haben unterschiedliche Ansichten. Im Familien- und Freundeskreis nehme ich wahr, dass sich einige durch dieses aktuelle Engagement ausgegrenzt fühlen.

**Sind die Folgen der Initiative nicht vertretbar, im Hinblick darauf, dass damit die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards rund um die**

**Welt eingehalten werden?** Es gibt keinen Grund, warum unsere Unternehmen strengere Standards einhalten sollten als ihre Konkurrenten im Aus-

land. Man muss auch das Risiko sehen, dass in Schwellen- oder Entwicklungsländern angesehene Schweizer Unternehmen sich zurückziehen und damit die Entwicklung und die Arbeit vor Ort nicht mehr möglich ist. Dann kommen Unternehmen aus Staaten, die weniger Wert legen auf den Schutz von Mensch und Umwelt.

**Interview: Anna Wartmann**



Justizministerin Karin Keller-Sutter vertritt das bundesrätliche Nein zur UVI.

(Bild: EJPD)

# Delegierte stellen sich hinter das CO<sub>2</sub>-Gesetz

### Wegweisende Entscheide an digitaler DV

Knapp 300 Delegierte nahmen von extern an der DV teil und fassten die Parolen zum CO<sub>2</sub>-Gesetz, zur UVI und zum Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste. Bundesrat Ignazio Cassis erläuterte den Stand des Rahmenabkommens.

Die letzte Delegiertenversammlung des Jahres fand in Luzern leider ohne physische Präsenz der Delegierten statt. Das Schutzkonzept stand bereit, und die Vorfreude auf den persönlichen Austausch war gross – denn davon lebt die Politik. Doch angesichts der stark steigenden Corona-Infektionen nahm die FDP ihre Verantwortung zur Eindämmung der Pandemie wahr und führte die DV via Zoom durch.

Schliesslich haben knapp 300 Delegierte online über drei Vorlagen diskutiert und die Parolen gefasst. Nach einer lebendigen Diskussion haben die Delegierten das CO<sub>2</sub>-Gesetz klar unterstützt. Damit

stellt sich die FDP als erste Partei hinter die Vorlage, sollte es zu einer Referendumsabstimmung kommen. Ein Nein an der Urne würde den Klimaschutz um Jahre blockieren. Mit ihrem Entscheid knüpfen die Delegierten an das Positionspapier vom Juni 2019 an. Damals hat die FDP ein Versprechen abgegeben: Es liegt in unserer Verantwortung, den künftigen Generationen gut erhaltene, natürliche Lebensgrundlagen zu sichern. «Ich bin sehr froh und stolz, dass die Delegierten das CO<sub>2</sub>-Gesetz so klar mittragen. Dank der harten Arbeit der FDP ist es eine wirksame und gleichzeitig freisinnig geprägte Vorlage geworden», betonte Petra Gössi.

### Klares Nein zur UVI

Die Delegierten haben auch über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) diskutiert, über die am 29. November 2020 abgestimmt wird. Bundesrätin Karin Keller-Sutter richtete sich in einer Videobotschaft an die Delegierten und überzeugte sie, diese gefährliche Initiative abzulehnen. Der Beschluss der Delegierten fiel mit 249 zu 9 bei 4 Enthaltungen sehr deutlich aus. Der Gegenvorschlag, der bei einem Nein zur UVI automatisch in Kraft tritt, nimmt berechnete Anliegen der UVI auf und orientiert sich an strengen internationalen Standards.

Mit dem Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste werden die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Anerkennung von elektronischen Identifizierungsmitteln und von deren Anbietern geschaffen. Die Delegierten beschliessen mit 230 zu 16 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Ja-Parole.

Zur GSoA-Initiative hatte die Parteipräsidienkonferenz am Vorabend der DV bereits einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Die gefährliche Initiative gibt vor, die Welt friedlicher zu machen, kann dieses Ziel aber nicht einlösen. Stattdessen gefährdet sie mit einer komplizierten und unsinnigen Regulierung die Vorsorgevermögen von allen Menschen in unserem Land. AHV und Pensionskassen müssten ihre Anlagen an komplexe und nicht mit vernünftigem Aufwand umsetzbare Vorgaben ausrichten.

Marco Wölfli



Eine Bühne in einem leeren Saal – die Delegierten haben gefehlt.

(Bilder: Désirée Dittes)



Gespanntes Warten auf die Resultate der Abstimmung über das CO<sub>2</sub>-Gesetz.



Die Referentinnen und Referenten waren bereit für ihre Auftritte.



Parteipräsidentin Petra Gössi bedauerte die Absage der physischen DV.



Der Luzerner Ständerat Damian Müller warb für das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz.



Die St. Galler Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher diskutierte über das CO<sub>2</sub>-Gesetz.



Fraktionspräsident Beat Walti und die Genfer Nationalrätin Simone de Montmolin bei der Diskussion über die UVI.



Bundesrat Ignazio Cassis informierte via Liveschaltung über den Stand des Rahmenabkommens.



# Wintersession unter ungewissen Vorzeichen

Covid-19, Altersvorsorge und Budget

Inmitten der zweiten Welle der Corona-Infektionen findet die Vorbereitung der Wintersession unter ungewissen Vorzeichen statt. Trotzdem ist für die FDP klar, dass der Ratsbetrieb, wenn irgendwie möglich, aufrechterhalten wird, um die Beschlussfassung zu den Corona-Massnahmen und weiteren Geschäften fortführen zu können.

Wie alle bisherigen Sessionen im Jahr 2020 wird auch die Wintersession durch Corona geprägt sein, und die Räte werden unter strengen Sicherheitsmassnahmen tagen. Trotzdem sind die Vorzeichen insofern ungewiss, da die Ansteckungszahlen mit Corona-Infektionen leider erneut stark steigen. Die Durchführung könnte darum je nach Anzahl der Abwesenheiten von Ratsmitgliedern in Frage

gestellt werden. Trotzdem ist die FDP-Liberale Fraktion weiterhin klar der Meinung, dass der Ratsbetrieb, wenn irgendwie möglich, aufrechterhalten werden muss. Denn die in der Wintersession vorgesehenen Geschäfte haben es in sich und sind zentral für das kurz- und langfristige Funktionieren unserer Institutionen, Gesellschaft und Wirtschaft.

### Covid-19: Solidarbürgschaften

Als Folge der Corona-Krise wurden bereits mehrere Vorlagen zur Unterstützung der Bevölkerung und Wirtschaft beraten sowie das in der Herbstsession verabschiedete Covid-Gesetz. Auch in der Wintersession wird sich das Parlament erneut mit Corona-bezogenen Geschäften befassen. Unter anderem wird das Solidarbürgschaftsgesetz beraten, das bereits in der Sondersession durch den Nationalrat behandelt wurde. Dabei sollen die Rückzahlungsmodalitäten und Verzinsungen gesetzlich festgehalten werden, wobei die FDP hier möglichst gute Voraussetzungen schaffen will, damit die Kredite zurückgezahlt werden können.

### Covid-19: Geschäftsmieten

Die FDP wehrte sich bereits an der Sondersession im Oktober geschlossen gegen ein Eintreten auf das Covid-19-Geschäftsmietegesetz. Sie unterlag in der grossen Kammer aber hauchdünn, wodurch nun an der Wintersession die Detailberatung stattfinden wird. Die FDP wird sich weiterhin gegen diese untaugliche Pauschallösung einsetzen, da diese mehr neue Ungerechtigkeiten schafft als sie Lösungen für die unterschiedlichsten gelagerten einzelnen Mietverhältnisse bringt und zusätzlich ungerechtfertigterweise in die Eigentumsrechte und Wirtschaftsfreiheit eingreift. In den vergangenen Monaten konnten sich zudem sehr viele Mieter und Vermieter auf gemeinsame Lösungen einigen.

### Vorsorge

Nach der kurzfristig verschobenen Beratung der AHV 21 in der Herbstsession steht der Erstberatung im Ständerat nichts mehr im Weg. Es wird absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen können, die die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und z. B. bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleibt. Der grosse Streitpunkt wird aber sicherlich die Kompensation der Rentenalterserhöhung der Frauen bleiben. Auch hier wird sich die FDP für eine vernünftige Lösung einsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichte macht.

### Budget

Wie üblich in der Wintersession wird das Budget für das nächste Jahr verabschiedet und wird dabei beide Räte mit der Differenzbereinigung während der drei Sessionswochen auf Trab halten. Unter den speziellen Voraussetzungen der Corona-Schulden ist der finanzpolitische Ausblick schwierig. Es ist unter diesen Umständen umso wichtiger, dass über das reguläre Budget hinaus keine neuen Mehraufwände definiert werden und die Schuldenbremse eingehalten werden kann.

Beat Walti, Nationalrat ZH, Fraktionspräsident



## Zu früh für ein definitives Urteil

Gastbeitrag von Petra Gössi in der «SonntagsZeitung» vom 11. Oktober

Beim Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU sind wichtige Fragen offen. Der Gesamtbundesrat ist in der Pflicht, für Klärung zu sorgen. Erst danach ist ein definitives Urteil möglich.

Am 27. September haben sich die Schweizerinnen und Schweizer klar für die Personenfreizügigkeit ausgesprochen – den umstrittensten Teil der bilateralen Verträge. Dieser Entscheid hat mich sehr gefreut. Er hat bestätigt, dass die Schweizerinnen und Schweizer den pragmatischen Weg zwischen Abschottung und EU-Beitritt weitergehen wollen. Ein Weg, der unserem Land Arbeitsplätze und Wohlstand gebracht hat.

### Der Gesamtbundesrat ist in der Pflicht

Nun fokussiert sich die Diskussion richtigerweise auf das Rahmenabkommen. Wir haben bei der bundesrätlichen Konsultation Anfang 2019 die Klärung der offenen Punkte bei der Unionsbürgerrichtlinie, den flankierenden Massnahmen und der Guillotineklausel gefordert. Diese Position hat sich seither nicht verändert.

Wir erwarten nun, dass die Gespräche mit der EU aufgenommen werden. In der Pflicht stehen der Gesamtbundesrat und namentlich auch die Bundes-

präsidentin. Die Regierung hat letztes Jahr der EU in einem Brief Klärungsbedarf angekündigt – jetzt muss sie nachfassen. Danach werden wir sehen, ob all diejenigen Verbesserungen und Präzisierungen erreicht werden konnten, welche nun im Raum stehen und die für eine Akzeptanz des Rahmenabkommens wesentlich sind.

Gelingt es dem Bundesrat, die offenen Punkte zufriedenstellend zu klären, entschärft sich auch die Souveränitätsfrage. Dies zum Beispiel mit einer belastbaren Zusage, dass die Schweiz die Unionsbürgerrichtlinie nicht integral übernehmen muss und wir die flankierenden Massnahmen ohne dynamische Anpassungen beibehalten können.

### Das Rahmenabkommen nicht vorschnell totsagen

Ich finde es zum jetzigen Zeitpunkt falsch, das Rahmenabkommen definitiv totzusagen. Ja, es sind noch diverse Fragen offen, so auch bei den flankierenden Massnahmen. Doch die Gewerkschaften

blockieren mit ihrer Fixierung auf die acht Tage Kontrollfrist das gesamte Dossier. In ihrem doktrinären Eifer übersehen sie, dass das Abkommen zum ersten Mal überhaupt die flankierenden Massnahmen verbietet. Die acht Tage – eine Regelung aus den frühen Nullerjahren – lassen sich dank neuen digitalen Kommunikationsmitteln verkürzen, ohne die Wirkung abzuschwächen. Die klare Ablehnung der Begrenzungsinitiative durch die Schweizer Bevölkerung stärkt dem Bundesrat den Rücken für die Gespräche mit der EU. Die Parteien wie auch die Sozialpartner hingegen sind in der momentanen Phase Zuschauer. Ihr Stimmengewirr und die teilweise fundamentale Opposition schwächen den Bundesrat nur.

Wenn andere Bundesratsparteien und die Sozialpartner das Rahmenabkommen jetzt schon beerdigen wollen, ist das ihre Verantwortung. Die FDP hingegen steht für eine konstruktive Politik. Wir warten auf das Resultat der Gespräche und analysieren es dann eingehend. Und letztlich ist sowieso klar: Am Ende entscheiden wieder die Schweizerinnen und Schweizer an der Urne.

**Petra Gössi, Nationalrätin,  
Präsidentin der FDP. Die Liberalen**



# Fernziel Elternzeit

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Abstimmung zur Einführung des Vaterschaftsurlaubes bot die Gelegenheit, das Bedürfnis von Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu thematisieren. Eine zeitgemässere Lösung, welche die Rollenbilder nicht zementieren würde, bietet aber nur eine Elternzeit.

So kurz der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub sein mag, es war an der Zeit, dass die Schweiz einen gesetzlich geregelten Urlaub eingeführt hat. Meines Erachtens ist das Ziel noch nicht erreicht. Doch der Etappensieg ist ein Kompromiss, der besser ist als nichts. Trotz der Corona-bedingt wirtschaftlich düsteren Lage ist die Vorlage mit 60 Prozent angenommen worden. Die Stimmbürgerinnen und -bürger setzten ein Zeichen, für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dennoch hinkt die Schweiz im internationalen Vergleich hinterher. Mit der Annahme ist ein Grundstein für weitere Schritte gelegt worden, denn bis das Anliegen der Elternzeit durchkommt,

können Jahre vergehen. Eine Ablehnung der Initiative hätte dies blockiert.

### Regionale Unterschiede

Das Abstimmungsergebnis hat gezeigt, dass die ländliche Deutschschweiz und die Ostschweiz gegen einen Vaterschaftsurlaub gestimmt haben, während es in der Westschweiz und im Tessin grosse Zustimmung gab. Sind die ländlichen Regionen tatsächlich konservativer gestimmt, oder sind die Gründe für die Ablehnung womöglich andere? Die Gründe sind vielfältig: mangelnde oder kaum bezahlbare Angebote für externe Kinderbetreuung oder fehlende Möglichkeiten für Teilzeitarbeit,

ohne dass dies einen Karriererückschritt bedeuten würde, können ausschlaggebend gewesen sein. Ein föderaler Ansatz – wie es bei der Mutterschaftsversicherung der Fall war – könnte der Elternzeit in die Karten spielen. So wie jede Firma eine eigene Elternzeit bestimmen kann, sollte dies auch im Rahmen der Bundesregelung in jedem Kanton möglich sein. Die Zuständigkeit der Elternzeit zwischen Bund und Kanton müsste jedoch neu ausgehandelt werden, da nach der heutigen Regelung die Einführung eines Elternurlaubs in die bundesrechtliche Zuständigkeit fällt und kantonale Regelungen deshalb unzulässig sind.

### Liberales Familienbild

Die Diskussionen und Forderungen um eine Elternzeit sind nach dieser Abstimmung lanciert. Unter den Befürwortern herrscht aber Uneinigkeit bei der Frage nach dem Modell: Wie viele Wochen soll die Elternzeit umfassen? Wie viel davon sollen frei aufgeteilt werden? Bereits vor zwei Jahren hat die FDP einen 16-wöchigen Elternurlaub gefordert, der aber vom Parlament abgelehnt wurde. Die



Muriel Frei

ersten acht Wochen wären für die Mutter reserviert gewesen, und acht weitere Wochen hätten frei unter den Eltern aufgeteilt werden können. Der 16-wöchige Elternurlaub wäre im Vergleich zu den nun geltenden 14 Wochen Mutterschafts- und 2 Wochen Vaterschaftsurlaub deswegen zeitgemässer gewesen, da dieser flexible Lösungen ermöglicht hätte, anstatt alte Rollenmodelle zu zementieren. Dazu meint FDP-Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher: «Die Rollenverteilung in einer Familie wird früh bestimmt.» Letztlich würden von der Elternzeit nicht nur Eltern und Kind profitieren, sondern auch die Erwerbsquote der Frau stiege an.

**Muriel Frei, Gemeinderätin Teufen (AR),  
Master-Mentee und Vorstandsmitglied JFAR**

## Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

**Unternehmensverantwortungsinitiative**



NEIN

**Initiative für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten**

## AGENDA

**6. Februar 2021**

Delegiertenversammlung in Martigny

**3. Juli 2021**

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

**28. August 2021**

Sternenwanderung in Thun

**2. Oktober 2021**

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

### Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Masken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter [www.fdp.ch/shop](http://www.fdp.ch/shop) bestellen.

## Liberales Forum Meilen

Gespräche über die Zukunft des Liberalismus

Save the date: 16. Januar 2021

Teilnahme beschränkt  
Übertragung des Anlasses  
per Livestream

[www.liberalesforummeilen.ch](http://www.liberalesforummeilen.ch)



**Dr. Christian Rathgeb**  
Regierungsrat  
Präsident KDK



**Michael Theurer**  
MdB, Stellvertreter  
der Vorsitzender FDP-  
Bundestagsfraktion



**Susanne Vincenz-Stauffacher**  
Nationalrätin  
Präsidentin FDP  
Frauen Schweiz

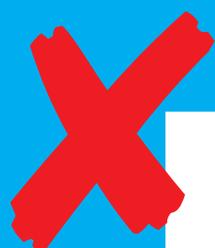


**Kaspar Villiger**  
alt Bundesrat



**Prof. Dr. Reiner Eichenberger**  
Lehrstuhl für Theorie  
der Finanz- und Wirtschaftspolitik  
Uni FR

# AHV schwächen?



Am 29. November

# NEIN

**FDP**

Die Liberalen

---

**GSoA-Initiative**